

## Antwort

der Landesregierung  
auf die Kleine Anfrage 418  
der Abgeordneten Thomas Jung und Birgit Bessin  
der AfD-Fraktion  
Drucksache 6/904

### Dünne Personaldecke beim Staatsschutz

Wortlaut der Kleinen Anfrage 418 vom 18.03.2015:

Innenexperten verschiedener Fraktionen im Landtag warnen vor einer weiteren Zunahme der Gewalt durch politische Extremisten. Doch auch hier scheint die Landesregierung wieder erst eine Katastrophe abzuwarten und keinerlei Prävention zu leisten.

Seit 2011 sind nach Medieninformationen beim brandenburgischen Staatsschutz die Stellenzahl von 242 auf 139 reduziert worden. Brandenburgs Kriminalisten und der Bund Deutscher Kriminalbeamte hat wiederholt gerade beim Staatsschutz eine bessere Ausbildung und spezielles Fachwissen für notwendig erachtet.

Wir fragen die Landesregierung:

- 1.) Wie gedenkt die Landesregierung den Stellenabbau beim Staatsschutz zu bremsen?
- 2.) Welche Programme hat die Landesregierung im Einzelnen gestartet, um der zunehmenden Gewalt politischer Extremisten von Rechts und Links sowie von Islamisten entgegenzuwirken?
- 3.) Welche zusätzlichen Mittel sind hierfür im Einzelnen erforderlich?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie gedenkt die Landesregierung den Stellenabbau beim Staatsschutz zu bremsen?

Frage 3:

Welche zusätzlichen Mittel sind hierfür im Einzelnen erforderlich?

Datum des Eingangs: 16.04.2015 / Ausgegeben: 21.04.2015

zu den Fragen 1 und 3:

Das Ministerium des Innern und für Kommunales evaluiert derzeit die Polizeistrukturreform „Polizei Brandenburg 2020“. Diese Untersuchung umfasst auch die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität. Die Ergebnisse dieser Untersuchung und der sich gegebenenfalls daraus ergebene Handlungsbedarf bleiben abzuwarten.

Frage 2:

Welche Programme hat die Landesregierung im Einzelnen gestartet, um der zunehmenden Gewalt politischer Extremisten von Rechts und Links sowie von Islamisten entgegenzuwirken?

zu Frage 2:

Das Land Brandenburg hat sich bereits im Jahr 1998 mit dem „Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg“ den Phänomenen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit übergreifend gestellt. Die fortwährende Gestaltung einer lebendigen Demokratie ist nur im Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft umsetzbar begründet. Auf Grundlage des Landeskonzeptes konnte eine Netzwerkstruktur zur Fortentwicklung des demokratischen Rechtsstaates in Brandenburg etabliert werden. Die nachhaltigen staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen und Straftaten durch die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sind darin eingebunden.

Die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus ist seit Jahren eine herausgehobene strategische Aufgabe der Polizei des Landes Brandenburg. Im Jahr 2003 wurden die zuvor entwickelten und umgesetzten spezifischen Bekämpfungsformen, wie die Konzepte „Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) und „Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“ (TOMEG) sowie die bestehenden Grundsätze und Leitlinien im „Handlungskonzept PMK“ zusammengeführt. Dieses Konzept ist seitdem kontinuierlich fortgeschrieben worden und Grundlage polizeilichen Handelns.